

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Bezugspreis: Vierteljährlich 1,00 Mark, bei Festsendung durch die Post 1,20 Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger äußerer Störungen des Betriebes der Zeitung, der Druckerei od. d. Beförderungsanstalten) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Bezugspreis: Die Kleinzeitschriften „Jede“ oder deren Name mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 50 Pfg. berechnung.
Anzeigen werden an den Geschäftsstellen der Zeitung vorab am 10. Uhr in die Geschäftsstelle eingegeben.
Jeder Anspruch auf Rückzahlung, wenn die Zeitung wegen eines anderen Geschäfts nicht in den Händen des Bestellers ist, ist ausgeschlossen.

Fernsprech-Anschluss: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Köhler, Groß-Okrilla

Nummer 5

Mittwoch, den 14. Januar 1920

19. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Lesehholzzeichen.

Die Lesehholzzeichen für das Jahr 1920 sind **Mittwoch, den 14. d. Mts.** im Gemeindeamt (Meldeamt) abzuholen.
Die Lesehholzzeichen für 1919 sind abzugeben. **Ottendorf-Okrilla, am 12. Januar 1920.**
Der Gemeindevorstand.

Brennholz-Abgabe.

Der Gemeinde steht aus diesem Staats-Forstrevier ein Posten Brennholz zur Verfügung. Bewerbungen um Zuzahlung von Holz sind **bis 14. d. Mts.** im Gemeindeamt — Meldeamt — anzubringen.
Berücksichtigung können nur solche minderbemittelte Personen finden, welche bei den letzten Holzverteilungen Holz nicht überwiesen erhielten. Inhaber von Lesehholzzeichen können keinen Anspruch erheben.
Ottendorf-Okrilla, am 12. Januar 1920.
Der Gemeindevorstand.

Deutschlands Verpflichtungen.

Auf Grund der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung von Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag ist der Friedensvertrag gemäß seinen Schlussbestimmungen im Verhältnis zwischen Deutschland und den im Protokoll angegebenen Signatarmächten, die den Vertrag ratifiziert haben, Sonnabend nachmittags 4 Uhr, 15 Minuten westeuropäischer Zeit in Kraft getreten.
Mit der Unterzeichnung des Schlussprotokolls des Friedensvertrages haben wir folgende Territorien abgetreten:

Sämtliche Kolonien an den Völkerbund, Elsaß-Lothringen an Frankreich, den größten Teil der Provinz Westpreußen an Polen, einen Teil Ostpreußen an die Tschecho-Slowakei, einen Teil Ostpreußens (Memel usw.) an die Alliierten, den Freistaat Danzig an die Alliierten.
Ueber die Zugehörigkeit weiterer Teile Deutschlands haben Volksabstimmungen stattgefunden, und zwar: im Saargebiet (nach 15 Jahren), in Schleswig in zwei Zonen, im Süden Ostpreußens, in Westpreußen, in Ostpreußen, in Eupen-Malmédy.

Mit Inkrafttreten des Vertrags erwirbt der französische Staat den vollen und unumschränkten Besitz aller Kohlenlager innerhalb der Grenzen des Saarbeckens, zu dessen Verwaltung eine Kommission eingesetzt wird, die den Völkerbund vertritt.

Die deutschen Festungen rechts des Rheins und die Befestigungen Helgolands sind binnen einer festzusetzenden Frist zu schließen.

Die deutsche Heeremacht darf vom 31. März 1920 ab nicht 100000 Mann überschreiten.

Die deutsche Flottenmacht ist auf das von den Alliierten festzusetzende Höchstmaß herabzusetzen.

Deutschland hat die von den Alliierten festzusetzenden Seegebiete von Rügen zu bestreiten.

Die deutsche Luftflotte darf keine Land- oder Marine-Luftkräfte umfassen.

Auslieferung der Kriegsschuldigen.
Internationalisierung der Flüsse, Freiheit der Schifffahrt.

Ablieferung eines Teiles des Hafennaterials für die in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe.

Übergabe aller Archive, Register, Pläne usw. der an Belgien abzutretenden Gebiete durch die deutsche Regierung. Wiederverstattung aller weggeführten Dokumente. (Art. 38.)

Wiedereinsetzung der Elsaß-Lothringer in den Besitz aller ihrer Güter, Rechte und Interessen, soweit sie auf deutschem Gebiet gelegen und ihnen am 11. November 1918 gehörten. (Art. 60.)

Auflösung der militärischen und halb-militärischen Vereinigungen in Ostpreußen; Bildung einer internationalen Kommission und internationaler militärischer Besetzung in Ostpreußen. Anwendung des Abkommens von 1902 betreffend

die neuen chinesischen Zolltarife und des Whangpoo-Abkommens von 1905. (Art. 129.)
Bildung der Wiedergutmachungs-Kommission durch die alliierten und assoziierten Mächte.

Neuere vom Tage.

— Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Protokolls am Sonnabend trat die Gefangenenskommission zusammen und besprach die Maßnahmen, die für den Rücktransport von 350 000 Gefangenen nötig sind. Mit dem Rücktransport wäre schon am Sonnabend begonnen worden, wenn die von Deutschland zu liefernden Waggons zur Stelle gewesen wären. So haben die Transporte wahrscheinlich erst am Sonntag beginnen können. Die deutschen Maschinen dürfen französischen Boden nicht betreten; die Züge werden in Frankreich von französischem, in Belgien von belgischem Personal begleitet.

— Sonnabend nachmittags 4 Uhr zeichneten am Quai d'Orsay im Kabinett des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor von Simonin und Freiger von Versner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 1. November. Sodann übergab Clemenceau die schriftliche Erklärung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Scapa Flow. Damit ist der Frieden in Kraft gesetzt.

— Der Zentralverband der Angestellten teilt mit: Da der Zweck des Streiks im Bergbau, die Arbeit-geber zu Verhandlungen zu bewegen, erreicht ist, hat der Zentralverband beschlossen, den Streik abzubrechen. Die Arbeit begann in allen Betrieben am Montag.

— Ueber die Streklage im ober-schlesischen Eisenbahnbetrieb geht von auserntlicher Seite folgende Mitteilung zu: Seit Sonnabend hat sich die Lage weiter verschärft. Dem Streik haben sich angeschlossen die Betriebswerkstätten Doppel, Gochowitz, Sobred, Ratibor (vollständig), Annaberg, Wenz, Raitowitz (vollständig), Schoppmühl-Nord, Deutzen, Gyorow, Laurahütte, Randzin, Rybnik, Kopsberg (Schmalzspundahn), Wisniaschütz und einzelne kleinere Orte. Eine in Gietow abgehaltene Arbeiterversammlung hat ebenfalls über die Streklage Beschluß gefaßt.

— Die Kohlenversorgung Württembergs droht, wie von zupändiger Seite mitgeteilt wird, eine katastrophale Entwicklung zu nehmen. In der durch das Hochwasser der letzten Wochen bereits außerordentlich gestörten Jahrs sind durch den teilweise ausgebrochenen und für weitere Strecken drohenden Eisenbahnstreik neue Störungen eingetreten. Es besteht die Gefahr, daß, wenn nicht die Verhandlungen zu einem raschen Ergebnis führen, die Kohlentransporte vollständig ausfallen werden.

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 13. Januar 1920.

— Die Schwankungen im Gasdruck sind auf die schlechte Beschaffenheit der gelieferten Kohlen zurückzuführen. Es muß anerkannt werden, daß die Gasversorgung trotz der bestehenden Schwierigkeiten bisher eine recht zufriedenstellende war. Wie uns die Gemeindeverwaltung auf Anfrage mitteilt, sind auf energische Bemühungen hin bessere Kohlen im Anrollen, jedoch die Gasversorgung sich sofort bessern wird. Der Einwohnerverein muß jedoch sparsamer Verbrauch zur Pflicht gemacht werden.

— Die am gestrigen Montag stattgefundene Gemeinderatsitzung wurde von Herrn S. B. Richter eröffnet. Er gab über die im vergangenen Jahre geleistete Tätigkeit einen ausführlichen Rückblick und dankte den Mitgliedern für die dabei geleistete Arbeit. Das Amtsgericht Radeberg teilt die Besitzveränderungsangaben mit. Die Gemeinde hat einen Bogen Hufeisendamm anfertigen lassen, die an die Gemeindeglieder im Maß zur Verteilung gelangen sollen. In der Bauhütte Körner, Kottwitzgasse wird unter den üblichen Bedingungen Genehmigung erteilt. In der Bauhütte Stöcker, Kömmerer Straße und Pollat, Kömmererstraße wird ebenfalls Genehmigung erteilt. Das Baugesuch Weißbach, Radebergstraße findet ebenfalls Genehmigung, doch soll erst eine Regelung der Besitzverhältnisse eintreten. Auf die Ausschreibung zur Einwohnerwehre haben sich 130 Personen gemeldet. Der Vorzogene teilt mit, daß eine Einwohnerwehre in Stärke von 50 Mann gebildet werden soll. Die Kopien würden sich auf etwa 540 M. belaufen. Die Auswahl der Bewerber erfolgt erst dann, wenn die Zuzahlung der Wäffen sichergestellt ist. Die Deffentlichkeit der alten Radeburgerstraße, welche den Rosenweg mit der Okrillaer

Straße verbindet, soll als öffentlicher Weg behauptet werden, da andernfalls der Rosenweg nur einen Zugang habe. Um Aufnahme in den sächsischen Staatsuntertanenverband sucht Herr Aljos Blechinger nach, das Gesuch fand Unterstützung vonseiten des Gemeinderates. Ueber den Ankauf eines Gemeindeamtes legte Herr Gemeindevorstand Richter dar, daß die jetzt bestehenden Verhältnisse mit den beengten Räumen auf die Dauer nicht weiterbestehen könnten. Da das jetzige Gemeindeamt aber nicht veräußert ist, so ist der Finanz- und Verfassungsausschuß mit dem Besitzer des Friedrich-Wilhelms-Bades in Unterhandlungen getreten, die jetzt so weit gediehen sind, daß das genannte Grundstück für den Preis von 75 000 M. in den Besitz der Gemeinde übergeht. Die Barriere-Räume sollen weiterhin als Gastwirtschaft dienen und die Räume des ersten Stockwerkes als Amtsräume Verwendung finden. Nach kurzer Aussprache erklärte sich der Gemeinderat mit der Erwerbung einverstanden, sodas also auch unser Ort in die Reihe der Gemeinden getreten ist, die über ein eigenes Rathaus verfügen. Sicher wird von allen Kreisen der Einwohnerschaft diese Erwerbung, welche einen Fortschritt unseres Gemeindegutes darstellt, mit Freude begrüßt werden. Auf eine Mitteilung des Herrn Barthel, den Feldweg zwischen Kirche und Schule betr., soll sich der Bauausschuß von dem Zustand und dessen event. Ausbesserung befassen. Auf Anfrage des Herrn Dießsch wird mitgeteilt, daß die Verteilungs-Verlegung von Krankenfleisch auf Anordnung der Amtshauptmannschaft erfolgt ist.

— Am Donnerstag wird der Kindergottesdienst eine Nachmittagsversammlung und einen Familienabend im Pfarrsaal abhalten. Wegen Platzmangel haben am Nachmittag nur Zutritt die Kinder bis zum 3. Schuljahr, am Abend vom 4. Schuljahr an. Die Angehörigen wollen mit ihren Kindern kommen, der Vortragsplan ist für beide Veranstaltungen gleich. Eintritt für Unkosten und wohlthätige Zwecke mindestens 20 Pfg. für Erwachsene. Zur Vermeidung von Irrtümern wird hierdurch mitgeteilt, daß die Veranstaltung keine öffentliche Versammlung ist, sondern ein Familienabend für Kinder des Kindergottesdienstes und deren Angehörige. Kinder der verschiedenen Gruppen des Kindergottesdienstes werden freiwillig übernommene Gedächtnisse usw. vortragen.

— Bibelfeste Neujahrs-Gratulationen. Von einem originellen Briefwechsel wird aus Erfurt berichtet: Ein Thüringer schrieb einem Lübecker Bruder beim letzten Jahreswechsel: 2. Raff. 11, 28; 1. Raff. 12, 18. Ungeheuer kam die Antwort des Bruders: 1. Theil. 5, 16, 2. Timoth. 4, 9 und das Postskriptum der Gattin Psalm 109, 24. — Der Thüringer schrieb: „Wenn es Euch allen wohl ginge, das hätten wir gern; uns geht es auch wohl. Und bitten um Antwort.“ Und die Antwort: „Seit allezeit fröhlich! Beleihtige Dich, daß Du bald zu mir kommst.“ Die Nachschrift aber lautete: „Meine Knie sind schwach vom Fasten, und mein Fleisch ist mager und hat kein Fett!“

Kloßsche. Am Donnerstag mittags hat sich auf dem Südweg der Dresdner Heide in der Nähe des Bahnwärters Caspar ein aus Dresden gebürtiges Liebespaar, 21 und 20 Jahre alt, erschossen. Den beiden, nahe Verwandten, die noch erst in den Weihnachtstagen verlobt hatten, scheinen sich Schwierigkeiten betreffs der Verheiratung in den Weg gestellt zu haben. Der junge Mann war Bahnbeamter und das Mädchen bei der Post angestellt.

Vangedrückt. Das Fest der goldenen Hochzeit beging am Freitag der hier im Ruhestand lebende frühere Pfarrer von Meißen-Göln Kirchenrat D. theol. Widmann.

Dresden. Der Stadtrat zu Dresden hat den unterhalb der Elbe gelegenen Gemeinden Briesnitz, Kemnitz und Stegisch auf ihre Anfrage mitgeteilt, daß er bereit ist, mit diesen Gemeinden zu geeigneter Zeit in Einverleibungsverhandlungen einzutreten. Das könne aber nicht eher geschehen, als die Einverleibungsverhandlungen mit Blasewitz und Loschwitz, die jetzt im Gange sind, zu einem Resultat geführt hätten.

Blauen i. B. In der letzten Stadtverordnetenversammlung legten die Sozialdemokraten die Anstellung von vier weiteren wissenschaftlichen Beiräten sowie einer Lehrkraft zur Erteilung von Turn- und Nadelarbeitsunterricht an der höheren Mädchenschule ab, obwohl für 102 Unterrichtsstunden keine Beiräte vorhanden sind. Die Verweigerung erfolgte mit der Begründung, daß mit dem Abbau dieser sogenannten Standeschule schon jetzt begonnen werden müsse.